

Gemeinde Groß Pankow (Prignitz)
Steindamm 21
16928 Groß Pankow (Prignitz)

,den 23.05.2023

Niederschrift

über die 111. Sitzung der Gemeindevertretung am 09.03.2023

Beginn: 19.01 Uhr

Ende: 21.42 Uhr

Ort: Rathaus der Gemeinde, Steindamm 21, 16928 Groß Pankow (Prignitz), im
Versammlungsraum

Teilnehmer

Anwesend:

Dr. Ingo Frahm
Jost Löber
Hartmut Hanisch
Peter Schröder
Ramona Bahl
Heiko Baich
Reinhard Benn
Christian Rochnia
Wilhelm Schröder
Andreas Kiekback
Marco Radloff
Christine Schlaffke
Andreas Gans
Caroline von Wolff
Michael Siemens

Abwesend entschuldigt:

Annett Röhl
Yvonne Heimann

Abwesend unentschuldigt:

Protokollführer/in: Sandra Burisch

Aus der Verwaltung: Frau Jekal, Leiterin Hauptamt
Herr Lehmann, Leiter Bau- und Ordnungsamt
Frau Arndt, Kämmerin

Gäste: Herr Hinrichsen, NWP Planungsgesellschaft mbH, Oldenburg
Lena Ortlieb, Kuhbier
Heike Zellmer, Kuhbier
Karin Jansen, Lindenberg
Kerstin Gragert, Reckenthin

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Abstimmung über die Tagesordnung im öffentlichen Teil
3. Einwohnerfragestunde
4. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022

5. Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023 beim Amtsgericht Perleberg sowie beim Landgericht Neuruppin
Drucksachen-Nr.: 363/05-2023
6. Diskussion und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2023
Drucksachen-Nr.: 361/05-2023
7. Diskussion und Beschlussfassung der 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände Wasser- und Bodenverband "Prignitz" und Wasser- und Bodenverband "Dosse-Jäglitz" (SUVG)
Drucksachen-Nr.: 365/05-2023
8. Mittelfreigabe Finanzierung Wegebau Instandsetzung Waldweg Brünkendorf-Kehrberg
Drucksachen-Nr.: 367/05-2023
9. 6. Änderung Bebauungsplan Groß Woltersdorf Nr. 1 "Windpark Klein Woltersdorf"
- frühzeitige Beteiligung
Drucksachen-Nr.: 352/05-2022
10. Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 1 "Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße"
- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB - Satzungsbeschluss
Drucksachen-Nr.: 359/05-2023
11. Aussetzung der Nachwahl der Wahl zum Ortsbeirat Seddin
Drucksachen-Nr.: 364/05-2023
12. Informationen des Bürgermeisters
13. Anfragen der Abgeordneten

Protokoll öffentlicher Teil

I. Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Ladung und Beschlussfähigkeit

Aus der Beratung

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Dr. Frahm, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Ladung ist ordnungsgemäß erfolgt.

TOP 2. Abstimmung über die Tagesordnung im öffentlichen Teil

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17	
davon anwesend	: 15	
Ja-Stimmen	: 15	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : mit Änderungen
		angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Herr Radloff stellt einen Antrag auf Änderung der Tagesordnung.

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um drei TOPs erweitert und um einen TOP minimiert. Herr Radloff gibt zu jedem TOP eine kurze Begründung.

Somit gilt folgende Änderung für die Tagesordnung:

TOP 7.: 6. Änderung Bebauungsplan Groß Woltersdorf Nr. 1 „Windpark Klein Woltersdorf“ - frühzeitige Beteiligung (Drucksachen-Nr. 352/05-2022) wird zu **TOP 9.**

neuer **TOP 7.:** Diskussion und Beschlussfassung der 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) zur Umlage der Veransbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände Wasser und Bodenverband „Prignitz“ und Wasser - und Bodenverband „Dosse-Jäglitz“ (SUVG) (Drucksachen-Nr. 3665/05-2023)

TOP 8.: Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ - Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB - Satzungsbeschluss (Drucksachen-Nr. 359/05-2023) wird zu **TOP 10.**

neuer **TOP 8.:** Mittelfreigabe Finanzierung Wegebau Instandsetzung Waldweg Brünkendorf-Kehrberg (Drucksachen-Nr. 368/05-2023)

TOP 9.: Selbstbindungsbeschluss zur Darstellung der Eigenentwicklungsoption der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) (Drucksachen-Nr. 362/05-2023) **entfällt**

TOP 10.: Informationen des Bürgermeisters wird zu **TOP 12.**

TOP 11.: Anfragen der Abgeordneten wird zu **TOP 13.**

neuer **TOP 11.:** Aussetzung der Nachwahl der Wahl zum Ortsbeirat Seddin (Drucksachen-Nr.: 364/05-2023)

Jeder Abgeordnete erhält eine geänderte Tagesordnung.

Die Abgeordneten stimmen der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3. Einwohnerfragestunde

Aus der Beratung

Es werden keine Anfragen gestellt.

TOP 4. Beschlussfassung über evtl. Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022

Aus der Beratung

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 08.12.2022 werden nicht erhoben; somit gilt diese als genehmigt.

TOP 5. Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023 beim Amtsgericht Perleberg sowie beim Landgericht Neuruppin

Die Gemeindevertretung beschließt die Vorschlagsliste für die Schöffenwahl 2023 für die Amtsperiode 2024 - 2028.

Drucksachen-Nr.: 363/05-2023

Gesetzl. Anz. der Mitglieder : 17
davon anwesend : 15
Ja-Stimmen : 15
Nein-Stimmen : 0
Enthaltungen : 0

Stimmverhältnis : einstimmig
Abstimmung : angenommen

Aus der Beratung

Herr Lehmann übernimmt stellvertretend das Wort für die Wahlleiterin. Die Kommune sei zuständig für die Erstellung der Vorschlagsliste der Schöffen für das Amtsgericht Perleberg

und Landgericht Neuruppin für die Wahlperiode 2024-2028. Jede Kommune soll Kandidaten/-innen benennen; die Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) drei. Die doppelte Anzahl sei sehr gut. Der ausgehändigten Vorschlagsliste sind sieben Bewerber zu entnehmen. Anfangs sah die Beteiligung nicht sehr gut aus. Gestern ging die letzte Bewerbung postalisch ein.

Eine Wahl an sich sei die Schöffenvwahl nicht. Die Gemeindevertretung könne der Vorschlagsliste oder den einzelnen Bewerbern zustimmen oder nicht. Die letztendliche Entscheidung werde vom Schöffenvwahlausschuss des Amtsgerichts Perleberg vollzogen. 2/3 der anwesenden Gemeindevertreter müssen für diese Liste sein bzw. die Hälfte der gesetzlichen Anzahl der Gemeindevertreter, was für die Gemeinde acht Vertreter bedeute.

Es stellen sich die vier Bewerber für die Schöffenvwahl nacheinander vor:

Heike Zellmer aus Kuhbier beginnt mit der Vorstellung. Sie sei gerade Schöffin beim Landgericht Neuruppin und würde auch gern weiterhin Schöffin sein. Die Vorstellungsrunde wird von Lena Ortlieb, ebenfalls aus Kuhbier, fortgesetzt, dann von Karin Jansen mit Zweitwohnsitz in Lindenberg und Kerstin Gragert aus Reckenthin.

Herr Baich war selbst zwei Perioden als Schöffe tätig. Er wendet sich an Frau Zellmer und stellt ein paar Fragen zu der Schöffenvarbeit. Herr Baich freue sich dar über, dass sich so viele Bewerber gemeldet haben, weil das Ehrenamt heute nicht mehr so ausgeübt werde, wie es in der Vergangenheit einmal war.

Herr Baich spricht für Gudrun Seedorf, die heute nicht anwesend ist, aber auf der Liste steht. Auch sie war bereits mit ihm zusammen Schöffin.

Frau Bahl ist auch derzeit Schöffin. Sie berichtet über ihre Erfahrung. Auch im Schichtdienst ist es möglich, dieses Ehrenamt auszuüben, da die Einladung rechtzeitig zugeht. Der Arbeitgeber müsse dann eine Freistellung gewähren.

Herr Radloff bedankt sich für die Bereitschaft der Bewerber, sich für dieses Ehrenamt zur Verfügung zu stellen. Generell sei ein Ehrenamt heutzutage nicht mehr selbstverständlich.

Herr Radloff stellt den Antrag auf Blockwahl.

Herr Dr. Frahm stellt den Antrag auf Abstimmung über die Blockwahl der Vorschlagsliste der Schöffenv per Handzeichen. Die Abgeordneten stimmen einstimmig für die Blockwahl.

Herr Dr. Frahm stellt die Vorschlagsliste der Schöffenv zur Abstimmung. Die Gemeindevertretung stimmt einstimmig für die Vorschlagsliste. Er gratuliert den Bewerbern zur Wahl und wünscht ihnen viel Erfolg in ihrer Tätigkeit, vorausgesetzt, sie werden vorab auch gewählt.

TOP 6. Diskussion und Beschlussfassung zur Haushaltssatzung 2023

Die Gemeindevertretung beschließt die in der Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2023 mit ihren Anlagen.

Drucksachen-Nr.: 361/05-2023

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17		
davon anwesend	: 15		
Ja-Stimmen	: 15	Stimmverhältnis	: einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung	: mit Änderungen
			angenommen
Enthaltungen	: 0		

Aus der Beratung

Es werden den Abgeordneten Austauschseiten für den Vorbericht ausgehändigt. Frau Arndt erläutert den Haushalt und beginnt mit der Ergebnisplanung, welche im ordentlichen Ergebnis in 2023 mit Minus 957.300 € abschließt. Der Ausgleich erfolgt über die ordentliche Rücklage. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 738.800 € kommt durch die geplanten Grundstücksverkäufe zustande. Das Gesamtergebnis beläuft sich 2023 auf -218.500 €.

Frau Arndt geht auf die Hauptthemen des Ergebnisplans ein und gibt Begründungen, warum in 2023 mehr oder weniger geplant wurde als im Vorjahr. Als nächstes spricht sie die Aufwendungen an. Die größten Erhöhungen betreffen Energie, Heizung, Strom und Reinigung (hier Fremdvergabe).

Frau Arndt meint, in der Vergangenheit konnte der Haushalt immer gut ausgeglichen werden. Sie hoffe auf höhere Einnahmen. Wenn der Ausgleich zukünftig nicht möglich sein sollte, müsse ein Haushaltssicherungskonzept erstellt werden, sobald die Rücklagen verbraucht sind.

Der Finanzhaushalt wird von ihr erläutert. Die Änderungen und der Austausch von Haushaltsseiten wurden durch den Eingang des Fördermittelbescheides zur Grundschule Groß Pankow hervorgerufen. Die Fördermittelbehörde habe die Planzahlen für die Schule in einem Jahr geplant, anders als die Gemeinde. Eine Restzahlung wurde für 2024 geplant. Durch die hohen Aufwendungen mussten einige Investitionsmaßnahmen gestrichen werden. Diese werden aber im nächsten Haushaltsjahr voraussichtlich wieder reingenommen. Daher wurden sie auf „Null“ gesetzt.

Finanz- und Sozialausschuss sowie Hauptausschuss stimmten für den Haushalt einstimmig. Mit Beschluss durch die Gemeindevertretung würde die Haushaltssatzung nebst Anlagen der Kommunalaufsicht übermittelt werden. Die Satzung ist nicht genehmigungspflichtig.

Herr Radloff erläutert zum Stellenplan, dass zwei zusätzliche Stellen ersichtlich sind, allerdings nur eine VBE (Vollzeitbeschäftigeneinheit). Eine Stelle beruht auf die einer Auszubildenden aus dem letzten Jahr. Zudem ist eine Mitarbeiterin aus der Elternzeit zurück. Die zweite Stelle ist vorausschauend und ergibt sich aus der Übernahme der zweiten Auszubildenden. Die zusätzliche VBE mehr wäre nur vorübergehend, da in 2024 eine Mitarbeiterin in den Ruhestand gehen wird.

Herr Radloff spricht das Brandenburg-Paket an, in welchem Billigkeitsleistungen verankert sind. Das sind Zuschüsse für Kommunen für gestiegene Unterhaltungs- und Energiekosten. Außerdem geht er kurz auf den Förderbescheid für die Schule ein. Die Mehrkosten für Arbeitspreise und Baumaterial, die seit der Einreichung des Antrags entstanden sind, seien extrem gestiegen. Wenn die Mehrkosten nicht förderfähig sein sollten, wäre die Gemeinde nicht mehr leistungsfähig. Die Landesregierung beschäftigte sich mit diesem Umstand. Diese Kosten können ebenfalls über das Brandenburg-Paket eingereicht werden. Trotzdem werde der Kostenanteil für die Gemeinde steigen.

Herr Dr. Frahm finde es fair, dass die Verwaltung darauf aufmerksam machte, dass sich Änderungen beim Stellenplan ergaben.

TOP 7. Diskussion und Beschlussfassung der 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände Wasser- und Bodenverband "Prignitz" und Wasser- und Bodenverband "Dosse-Jäglitz" (SUVG)

Die Gemeindevertretung beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Groß Pankow (Prignitz) zur Umlage der Verbandsbeiträge der Gewässerunterhaltungsverbände Wasser- und Bodenverband „Prignitz“ und Wasser- und Bodenverband „Dosse-Jäglitz“ (SUVG)

Drucksachen-Nr.: 365/05-2023

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17	
davon anwesend	: 15	
Ja-Stimmen	: 15	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Frau Arndt teilt mit, dass in der Verbandsausschusssitzung des Wasser- und Bodenverbandes „Dosse-Jäglitz“ im Dezember 2022 die Anhebung der Beitragssätze um 14,8 % wegen der enormen Kostenerhöhungen wie z. B. für Kraftstoffe erfolgte. Die Gemeinde ist verpflichtet, die Beiträge umzulegen.

Herr Dr. Frahm äußert, dass er über die Erhöhung nicht begeistert sei. Herr Radloff erklärt, dass die Verbände über die Kommunen die Beiträge einholen. Er gehe davon aus, dass die Verbände auch noch die Verwaltungskosten umlegen würden, würden die Beiträge ohne die Kommunen eingezogen werden.

Herr Benn erkundigt sich, wer Vertreter in der Versammlung Prignitz ist. Herr Radloff antwortet, dass es Frau Arndt ist. Sie informiert, dass im WBV Prignitz keine Erhöhung stattfand.

TOP 8. Mittelfreigabe Finanzierung Wegebau Instandsetzung Waldweg Brünkendorf-Kehrberg

Die Gemeindevertretung beschließt die Mittelfreigabe zur Finanzierung des Wegebaus zwischen Brünkendorf und Kehrberg.

Drucksachen-Nr.: 367/05-2023

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17	
davon anwesend	: 15	
Ja-Stimmen	: 15	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Frau Arndt teilt mit, dass die Forstbetriebsgemeinschaft Waldverein Wahrberg den Waldweg zwischen Brünkendorf und Kehrberg instandsetzen möchte. Die Gemeinde finanziert den Betrag vor, wobei ihr keine Kosten entstehen. Die Forstbetriebsgemeinschaft rechnet später die Maßnahme bei der Förderstelle ab und die Gemeinde erhält dann die verauslagten Mittel zurück. Die Förderung erfolgt zu 100 %.

Herr Lehmann ergänzt, dass dieser Weg vor der Maßnahme Kunow-Lindenberg geplant war. Damals war die Richtlinie auf 100.000 € begrenzt, nun wurde sie erhöht.

Herr Dr. Frahm bittet die Gemeindevertretung darum, auch dieser Maßnahme zuzustimmen. Es werden Fördermittel des Landes in die Region gelenkt, die Infrastruktur wird verbessert und es werden seitens der Gemeinde keine Kosten verursacht.

Herr Baich erkundigt sich nach der Sanierung des Weges. Herr Dr. Frahm erläutert, dass die Ausführung durch eine Fachfirma erfolgt. Es werde kein Recyclingmaterial verwendet, sondern mit qualitativ hochwertigem Material wie Natursteinschotter und Kies gearbeitet.

Herr Baich möchte weiterhin wissen, ob diese Sanierung tatsächlich nicht als Versiegelung gelte. Es gelte nicht als solche, da der Weg wasserdurchlässig ist, erläutert Herr Dr. Frahm. Solche Wege haben den Waldbrandschutz als Ziel.

Herr Kiekback erkundigt sich, ob der Weg nicht öffentlich ist. Herr Dr. Frahm und Herr Lehmann bejahen die Frage.

Frau von Wolff fragt nach, ob eine Schranke vorgesehen sei. Herr Dr. Frahm verneint die Frage. Frau von Wolff meint, dass dann der Weg öffentlich genutzt werde. Herr Dr. Frahm sagt, dass es Menschen mit einem berechtigten Interesse gibt wie Jäger, Waldeigentümer und Forstdienstleister. Wer den Weg unberechtigt nutzen sollte, müsse mit Ordnungsgeldern rechnen. Die Wahrscheinlichkeit zur Nutzung als Durchfahrtsweg sei nicht so hoch, antwortet Herr Dr. Frahm.

Herr Wilhelm Schröder stimmt zu, dass der Weg eine große Verbesserung für die Waldbrandtechnik sei.

TOP 9. 6. Änderung Bebauungsplan Groß Woltersdorf Nr. 1 "Windpark Klein Woltersdorf"
- frühzeitige Beteiligung

Die Gemeindevertretung beschließt den Vorentwurf der 6. Änderung des Bebauungsplanes Groß Woltersdorf Nr. 1 „Windpark Klein Woltersdorf“ (Stand Januar 2023) mit Planzeichnung (Teil A) und textlichen Festsetzungen (Teil B) und billigt den Vorentwurf der Begründung und des Umweltberichts als Grundlage für die frühzeitigen Beteiligungsverfahren. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gemäß § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer öffentlichen Auslegung für die Dauer eines Monats. Parallel dazu sind die Behörden, Nachbargemeinden und sonstige Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zu beteiligen.

Drucksachen-Nr.: 352/05-2022

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17	
davon anwesend	: 15	
Ja-Stimmen	: 11	Stimmverhältnis : Mit Stimmenmehrheit
Nein-Stimmen	: 1	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 3	

Aus der Beratung

Herr Lehmann teilt mit, dass dieser Beschluss im Bau- und Ordnungsausschuss einstimmig und im Hauptausschuss einstimmig mit zwei Enthaltungen beschlossen wurde. Er übergibt Herrn Hinrichsen vom begleitenden Planungsbüro Nordwestplan das Wort. Er fasst die vergangenen Schritte zusammen. Zur neuen Anlage informiert er, dass diese nicht am exakt gleichen Standort errichtet werden könne. Dementsprechend werde sie neue Abstände und eine neue Höhe haben und somit neue Grenzen und Situationen. Ziel der 6. Änderung ist das Repowering. Der alte Standort müsse mit dem Bau der neuen Anlage zurückgebaut werden. In Übereinstimmung mit dem Abstandsgesetz werden die 1000 Meter eingehalten.

Er spricht u. a. die textlichen Festsetzungen an sowie die Sicherstellung des Ausbaus zur Erschließung. Bei der Anlage werde es sich um einen Dreiflügler handeln, dessen Flügel sich

im Uhrzeigersinn drehen. Die Nachtkennzeichnung solle mit einer bedarfsgerechten radargesteuerten Radarbefeuernng erfolgen. Auch die Besiedelung durch den Rotmilan innerhalb des 500-Meter-Radius ist Thema. Die Eingriffsregelung wurde noch nicht abschließend durchgeführt. Entscheidend sei der Eingriff in das Landschaftsbild, weil die Anlagen immer höher werden. Hierfür seien Ausgleichsmaßnahmen erforderlich. Die Entwurfsfassung des Bebauungsplanes mit allen möglichen Abwägungskomponenten müsse erstellt werden.

Herr Kiekback erkundigt sich, ob die Altanlage erst abgebaut sein müsse, ehe die neue aufgebaut werde. Herr Hinrichsen antwortet, dass dies der Fall sein muss und in einer Festsetzung festgehalten werde. Weiterhin möchte Herr Kiekback wissen, ob neuer Boden beim alten Standort eingebracht werden müsse und dieser vom neuen Standort verwendet werde. Werden diesbezüglich im Laufe des Verfahrens Informationen bekannt, werden diese in die Begründung aufgenommen bzw. im eigentlichen Genehmigungsverfahren, antwortet Herr Hinrichsen.

Frau von Wolff fragt nach, ob die Verankerung der alten Anlage im Boden verbleibt. Herr Hinrichsen spricht die Rückbauverpflichtung an und geht davon aus, dass der Rückbau samt Rekultivierung erfolgen müsse. Sie habe gehört, dass die Vorgehensweise in den Bundesländern unterschiedlich sei. Konkret könne Herr Hinrichsen darauf nicht antworten, aber er spricht die Möglichkeit der Aufnahme dieser Bedingung an. Herr Kiekback ergötzt, soweit ihm bekannt sei, dass bis zu einer Tiefe von vier Metern das Entfernen vorgenommen werden müsse. Herr Lehmann fasst zusammen, dass es dazu eine Aussage geben werde, wenn das Verfahren konkret werde.

Frau von Wolff spricht noch einmal den Rotmilan an. Sie könne sich nicht vorstellen, dass das Windrad stoppen sollte, sobald sich der Rotmilan der Anlage nähere, weil ihrer Meinung nach die Abstände zum Stoppen des Schwungrades zu kurz seien. Herr Hinrichsen könne sich nur auf die vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen verlassen. Herr Lehmann weist darauf hin, dass sich der Rotmilan sein Horst nach dem Bau der alten Anlage direkt daneben selbst baute. Herr Dr. Frahm bestätigt diese Aussage.

TOP 10. Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 1 "Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße"
- Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren
nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB - Satzungsbeschluss

Die Gemeindevertretung beschließt die in der Anlage dargestellten Einzelempfehlungen zu den eingegangenen Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren nach § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB in seiner Gesamtheit als Schlussabwägungsbeschluss. Die einzelnen Beschlüsse sind in den Unterlagen des Bebauungsplanes Groß Pankow Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ zu berücksichtigen.

Die Gemeindevertretung beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Groß Pankow Nr. 1 „Wohngebiet an der Oberen Dorfstraße“ (Stand Februar 2023) mit der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung und billigt die Begründung. Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

Drucksachen-Nr.: 359/05-2023

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17	
davon anwesend	: 15	
Ja-Stimmen	: 15	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Herr Lehmann informiert, dass dieser Beschluss ausführlich im Bau- und Ordnungsausschuss behandelt wurde, welchem einstimmig zugestimmt wurde. Ebenfalls einstimmig fiel der Beschluss im Hauptausschuss aus. Die Informationen wurden eingekürzt. Herr Lehmann steht für Fragen zu diesem beschleunigten Verfahren bereit. Es gab einen kleinen „Zwischenstopp“ wegen der Möglichkeit einer Zauneidechse. Vier Einfamilienhäuser zu schaffen, sei nun durch den B-Plan möglich.

TOP 11. Aussetzung der Nachwahl der Wahl zum Ortsbeirat Seddin

Die Gemeindevertretung beschließt das Aussetzen der Nachwahl der Wahl zum Ortsbeirat Seddin bis zur regulären Kommunalwahl im Frühjahr 2024.

Drucksachen-Nr.: 364/05-2023

Gesetzl. Anz. der Mitglieder	: 17	
davon anwesend	: 15	
Ja-Stimmen	: 15	Stimmverhältnis : einstimmig
Nein-Stimmen	: 0	Abstimmung : angenommen
Enthaltungen	: 0	

Aus der Beratung

Herr Radloff erläutert, dass es sich um einen Dringlichkeitsbeschluss handelt. Dieser wurde im Vorfeld der Sitzung benötigt, um die Aussetzung der Nachwahl öffentlich bekannt zu machen.

Durch den Wegzug von Herrn Nagel und die Amtsniederlegung von Herrn Krüger bestand der Ortsbeirat nur noch aus dem Ortsbeiratsmitglied Knut Primann. Für eine neue Wahl gab es zwei Kandidaten, welche sich jedoch vor der Wahl nicht mehr zur Verfügung stellten. Herr Primann erklärte sich bereit, bis zur nächsten Wahl kommissarisch die Funktion des Ortsvorstehers zu übernehmen. Es wurde aus der Verwaltung heraus entschieden, eine weitere Wahl nicht durchzuführen. Die Aussetzung wurde mit der Kreiswahlleitung im Vorfeld abgestimmt und durch diese auch zugestimmt. Herr Radloff bittet darum, den Vorsitzenden der Gemeindevertretung mit der Zustimmung zum Beschluss zu entlasten.

Er spricht das große Thema Ehrenamt an. Im nächsten Jahr stehen die Kommunalwahlen in Brandenburg an. Es sollte sich daher darüber Gedanken gemacht werden, wie damit umgegangen wird, wenn sich keine Aspiranten mehr finden und keine Ortsbeiräte mehr gewählt werden können. Die Verwaltung sei nicht in der Lage, Orte zu versorgen z. B. mit der Organisation von Dorffesten. Höchstwahrscheinlich müsse die Hauptsatzung geändert und angepasst werden mit Hinblick auf mangelnde Wahlbeteiligung. Wenn sich kein Ortsbeirat finde, dann müssten manche Orte den Nachbarorten zugeordnet werden, was aber mehr Schaden verursachen könnte als Nutzen bringen. Funktionierende Ortsbeiräte könnten damit wegbrechen wegen der zu hohen Last. Ein Ehrenamt zu besetzen, werde immer schwieriger, so Herr Radloff.

Herr Siemens äußert, dass überall nur gemeckert werde, aber niemand Verantwortung übernehmen möchte.

Herr Radloff erklärt, dass manche Bürger gleichzeitig mehrere Ehrenämter bekleiden. Die Ehrenamtler halten seiner Meinung nach letztendlich alles zusammen.

Herr Dr. Frahm begründet die Unterzeichnung des Dringlichkeitsbeschlusses damit, dass, wenn sich niemand freiwillig für den Ortsbeirat findet, keine Ausschreibung erfolgen brauche, durch die unnötig öffentliche Gelder verbrannt werden. Man könne zwar jemanden motivieren, aber nicht drängen.

Er stimmt zu, dass sich darüber Gedanken gemacht werden sollte, wie Bürger gefunden werden könnten, um das Ortsleben aufrecht zu erhalten.

TOP 12. Informationen des Bürgermeisters

Aus der Beratung

Herr Radloff informiert zur Herunternahme von der Tagesordnung des „Selbstbindungsbeschlusses“. Die Gemeinsame Landesplanung sehe zwischenzeitlich die geplanten Bauflächen als Innenentwicklung.

Herr Lehmann führt aus, dass sich die Ansicht der Gemeinsamen Landesplanung zu dem Bebauungsplan Kuhbier mit den vier Baugrundstücken geändert habe. Die Planung werde nun nicht auf die Eigenentwicklungsoption angerechnet. Dadurch sei ein Jahr Arbeit verschenkt. Die vorherige Prognose von Herrn Lehmann sei nicht so schlecht wie gedacht. Wenn für die Gemeinde alles bestens laufe, müsste über keine Flächen mehr gesprochen werden, ansonsten nur über wenige. Somit sei die Eigenentwicklungsoption vorhanden.

Herr Lehmann gehe davon aus, dass der Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung des Landkreises für Kuhbier in der nächsten Sitzungskette gefasst werden könne. Auch wenn ein kleiner Schritt rückwärts erfolgte, trotzdem befinde man sich im beschleunigten Verfahren. Das bedeutet, der Umweltbericht und eine Beteiligungsrunde entfallen. Zielsetzung sei 31.12.2024.

Herr Radloff spricht die Aufforderung von Herrn Dr. Frahm aus dem Hauptausschuss an die Verwaltung an, sich Gedanken über die große Menge Papier in Bezug auf die Sitzungsunterlagen zu machen. Er schlug die Versendung der Unterlagen ausschließlich in digitaler Form vor. Herr Radloff stimmt dem zu und bezieht sich auf die Möglichkeit des Zugangs über die Homepage für alle Abgeordnete. Die Verwaltung erstelle eine Abfrageliste, aus der hervorgehen soll, wer welche Unterlagen (Einladung, Niederschrift, Beschlüsse) in welcher Form (postalisch oder digital) erhalten möchte. Wenn sich für die digitale Form entschieden werde, werde eine Erinnerung per Mail erfolgen, dass die Unterlagen online abrufbar sind. Nach der Auswertung der Liste, in die sich jeder Abgeordnete nun eintragen soll, wird Herr Radloff in der nächsten Gemeindevertretersitzung die Entscheidung mitteilen.

Herr Rochnia fragt nach, ob er sich die Unterlagen nur online ansehen oder auch runterladen kann. Herr Radloff kann keine genaue Auskunft geben, gehe aber davon aus, dass sie heruntergeladen werden können.

Frau Bahl teilt mit, dass für den Kreistag auch nur die Einladung mit der Tagesordnung verschickt wird. Alles andere ist über eine App abrufbar. Sie ist der Meinung, dass die Unterlagen nicht heruntergeladen werden können, aber ständig abrufbar seien. Dazu sei aber ein WLAN-Zugang notwendig.

Herr Kiekback gehe davon aus, dass es möglich sei, einen WLAN-Gastzugang einzurichten. Herr Lehmann bejaht diese Aussage.

Frau Bahl betont noch einmal die enorme Einsparung von Papier, Toner, Arbeitszeit. Herr Dr. Frahm teilt mit, dass genau dies sein Ansinnen war.

Herr Siemens sei der Meinung, dass der Zugang über die Internetseite zu altmodisch und altbacken sei; Herr Rochnia stimmt dem zu. Ihrer Meinung nach sei der Zugang zu umständlich.

Wenn der allgemeine Wunsch herrsche, digital umzustellen, dann werde Herr Radloff versuchen, sich um eine verwendbare leichtere Softwarealternative zu kümmern.

Herr Kiekback schlägt vor, die Tagesordnung und die Niederschrift in Papierform zu versenden. Die Frage sei nun, ob die erste Seite der Beschlussvorlage auch in Papierform sein soll und lediglich die Anlagen digital.

Herr Radloff spricht den Bericht zu den möglichen Endlagerplätzen an. In dieser Angelegenheit gibt es eine neue Zeitschiene. Man sei davon ausgegangen, dass 2030/2032 ein potenzieller Standort gefunden sei. Durch die BASE ist der Zeitplan allerdings nach hinten verschoben worden. Nunmehr soll die Entscheidung zum möglichen Standort zwischen 2046 und 2068 gefällt werden. Dementsprechend sei vorerst die „Luft raus“ aus diesem Verfahren.

TOP 13. Anfragen der Abgeordneten

Aus der Beratung

Herr Kiekback erkundigt sich nach dem groben Sachstand zu der Firma Hagemann, die eine Sondernutzung Gewerbegebiet beabsichtigt. Herr Lehmann informiert, dass vor vierzehn Tagen die Mitteilung einging, dass die Voranfrage des Antrags auf Befreiung aus dem Landschaftsschutzgebiet vorliegt. Wenn die entsprechenden Unterlagen eingereicht werden, könnte eine Zustimmung erfolgen. Die Unterlagen werden gerade durch das Bauamt zusammengestellt. Das Bauamt wird zudem ein Zustimmungsverfahren einreichen. Herr Kiekback spricht an, dass das Verfahren mittlerweile doch schon vier bis fünf Jahre gehe. Herr Lehmann begründet dies mit verschiedenen Umständen wie Mitarbeiterwechsel bei den Firmen Plankontor und Hagemann, Umstrukturierungen im Bauamt sowie die langfristige Bearbeitung durch das Landesamt für Umwelt.

Frau Bahl spricht die Überquerung der B 189 Retzin, Schwarzer Weg ins Dorf, an. Die Gemeinde arbeitete dafür bereits zu. Frau Bahl brachte die Sache in den Kreistag und führte Ende 2022 ein Gespräch mit Frau Autzen vom Landkreis mit der Aussicht auf Prüfung. Auf Nachfrage beim Landkreis erhielt Frau Bahl die Antwort, dass viele Messungen durchgeführt wurden. Es wurde der Vorschlag seitens des Landkreises erbracht, ein Schild „Vorsicht Kinder“ aufzustellen. Zudem sprach Frau Autzen an, dass die Gemeinde einen Zuschuss erhalten hätte für ein digitales Schild. Herr Lehmann teilt mit, dass kein Zuschuss erhalten wurde, aber die Möglichkeit dafür bestehe. Im Haushalt sind Mittel eingestellt für eine Geschwindigkeitsmesstafel, die aber punktuell eingesetzt werden soll, um eigene Daten zu erhalten. Herr Lehmann werde sein Fachamt bitten, zu prüfen, wann die Angelegenheit dem Landesamt für Straßenwesen weitergeleitet wurde und um Antwort bitten, da es sich bei dieser Straße um keine kommunale Straße handelt. Herr Lehmann wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass dem Wunsch des Ortsbeirates gefolgt werde, die Geschwindigkeit auf 50 km/h herabzusetzen. Frau Bahl sprach mit der Ortsvorsteherin, welche die Meinung vertritt, dass das Schild „Vorsicht Kinder“ mindestens sein müsse, bestenfalls neben der Geschwindigkeitsherabsetzung.

Frau von Wolff spricht den Wunsch von Unternehmen der Gemeinde ein, einen Stammtisch von Unternehmen ins Leben zu rufen. Herr Radloff antwortet, dass er die Sache zwar schon letztes Jahr in Angriff genommen hatte, aber wegen Corona war es bisher nicht möglich. Er werde sich in diesem Jahr für eine Art Unternehmerstammtisch einsetzen.

Herr Peter Schröder spricht den Beschluss der Gemeinde an, auf Ackerflächen keine Photovoltaikanlagen zu errichten. Er fragt nach, ob die Gemeinde dies noch einmal überdenken oder daran festhalten möchte. Herr Wilhelm Schröder berichtet von der letzten Sitzung des Bau- und Ordnungsausschusses, in der sich Bürger/Landwirte und ihre Projekte vorstellten. Im Anschluss des Ausschusses wurde sich verständigt, darüber noch einmal nachzudenken. Die erste Meinungsbildung war die, dass an dem Beschluss festgehalten und die gesetzlichen Entwicklungen beobachtet werden sollen. Herr Lehmann ergänzt, dass in der nächsten Bau- und Ordnungsausschusssitzung darüber im nichtöffentlichen Teil debattiert werde, aus der eine beratende Entscheidung hervorgehen soll. Dieses Ergebnis soll dann in der darauffolgenden Sitzung präsentiert werden.

Herr Kiekback gibt noch eine Anmerkung zum Thema von Frau Bahl. Die Lkws dürfen nur noch 70 km/h fahren. Die modernen Blitzer erkennen, ob es sich um einen Lkw oder um ein Auto handelt.

Herr Dr. Frahm bezieht sich auf die Photovoltaik-Angelegenheit. Seiner Meinung nach sollte die Landschaft nicht noch mehr verschandelt werden als nötig. Es gebe viele Landwirte, die an den Anlagen Interesse hätten. Ob die Steuereinnahmen tatsächlich bei der Gemeinde ankommen, sei fraglich. Er denkt, es sollte so lange gewartet werden, bis sich die Gesetzeslage zu Gunsten der Gemeinde ändere.

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Dr. Ingo Frahm
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Sandra Burisch
Protokollführer/in

Verteiler:

16 Gemeindevertreter
Bürgermeister
Kämmerin
Leiterin Hauptamt
Leiter Bau- und Ordnungsamt
Gleichstellungsbeauftragte (öffentlicher Teil)